

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1919

21.10.1919 (No. 246)

Expedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 952, 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich:
Hauptschrift-
leiter
E. A m e n d.
Druck
und Verlag:
G. Baunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: vierteljährlich 6 A 15 P; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung ausschließlich Bestellgeld 5 A 90 P - Einzelnummer 15 P - Anzeigengebühr: die 7 mal gesaltene
Zeile oder deren Raum 35 P zuzüglich 30 % Levertungszuschlag. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als
Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klagerhebung, Zwangsweiser Vertreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. - Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperr,
Kaufverzug, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. - Für
telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. - Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Die staatlichen Kraftwagenlinien.

** Bei einer größeren Zahl der genehmigten staatlichen
Kraftwagenlinien war die Betriebseröffnung noch im laufen-
den Jahre beabsichtigt gewesen, um den Verkehrswünschen der
betreffenden Gemeinden sobald als möglich entgegenzukommen.

Es haben sich jedoch unvorhergesehene Schwierigkeiten einer-
seits dadurch ergeben, daß die Industrie nicht in der Lage war,
die bestellten Wagen rechtzeitig zu liefern und daß sie bei
dem empfindlichen Mangel an einzelnen Wagenbestandteilen
auch nicht bestimmte Lieferungszeiten einhalten kann. An-
dererseits hat der außerordentliche Mangel an Baustoffen die
Erstellung der erforderlichen Schutzhallen für die Fahr-
zeuge in gleicher Weise verzögert.

Unter diesen Umständen ist es nicht möglich, Zusicherun-
gen über den Zeitpunkt der Betriebseröffnung der einzelnen
Linien auch nur mit annähernder Sicherheit zu geben.

* Zum Parteitag der Konser-
vativen.

Am Samstag und Sonntag hat in Karlsruhe der
erste Parteitag der deutsch-nationalen Volkspartei
(christliche Volkspartei) stattgefunden. Die Verhandlungen
haben, nach den Presseberichten zu urteilen, nichts
Neues gebracht, vielmehr Bekanntes in alter Form be-
stätigt. Der Ton der süddeutschen Konservativen, so auch
der badischen, ist ruhiger und sachlicher als der ihrer nord-
deutschen Parteigenossen. Das ist eine Beobachtung, die
man auch gelegentlich dieses Parteitages hat machen
dürfen.

Die badischen Konservativen haben auf ihrem Partei-
tag zum Ausdruck gebracht, daß sie die monarchische
Regierungsform der Republik vorziehen, die Wie-
dererrichtung der Monarchie aber nicht durch eine
gewalttätige Revolution oder durch putsch-
liche herbeiführen möchten und im übrigen bereit seien,
auch im republikanischen Staat eine Regierung zu unter-
stützen, die dem Wohl des Vaterlandes dient. Die augen-
blickliche Regierung ist nach Ansicht der Konservativen
eine ungeeignete, unfähige und schwache Regierung. Und
ihre gegenüber befände sich die Partei in der Haltung starker
Opposition. Wie der Führer der badischen Konser-
vativen, Minister a. D. Dr. Düringer, bemerkte, han-
delt es sich aber nur um eine sachliche Opposition,
nicht etwa um eine Obstruktion; man sei grundsätzlich
bereit, an den Gesetzen mitzuarbeiten.

Der Verlauf des Karlsruher Parteitages der badischen
Konservativen hat erkennen lassen, daß auch mit dieser
Partei eine erprobliche Zusammenarbeit zum Besten
des Volksganges möglich wäre, wenn die Partei endlich
zu der Erkenntnis gelangen wollte, daß erstens das alte
Regime ein für unser Volk verderbliches, gefährliches Re-
gime gewesen ist, und daß zweitens dieses verderbliche
Regime es war, welches den Krieg entstehen ließ, den
Krieg bis zum Zusammenbruch fortsetzte und uns einen
Trümmerhaufen als Erbschaft übermachte. Die badischen
Konservativen sind anderer Meinung. Sie loben auch
heute noch das alte System, dem ein dankbares Andenken
gebühre und sie glauben in einer bei so intelligenten
Männern höchst merkwürdigen Kurzsichtigkeit, daß die Re-
volution an allem schuld, frempeln den Zusammenhang
von Ursache und Wirkung völlig um.

Es gehört zu den polemischen Tricks der Konservativen,
daß sie ihren Anhängern einzureden versuchen, die heute
regierenden Parteien seien von den Ertrungenschaften der
Revolution entzündet, fänden sich urwohl bei den heutigen
Zuständen und könnten sich dessen gar nicht genug rüh-
men, wie herrlich weit wir es in den letzten Monaten
gebracht haben. Und doch liegen die Dinge wahrlich ganz
anders. Wenn Deutschland nicht zum Teufel gehen sollte,
müßte sich in den Tagen des Zusammenbruchs eine Par-
tei finden, die die Last und die Verantwortung für eine
Rettung und für einen Neuaufbau übernahm. Diese
Partei war die sozialdemokratische. Da sie allein die
Riesenarbeit mit einer nur annähernden Aussicht auf Er-
folg nicht übernehmen konnte, suchte sie die parlamenta-
rische Regierungsgrundlage zu verbreitern, und es ent-
stand die regierende Koalition der Mehrheitssozial-
demokratie, des Zentrums und der Demokratie. Alle
diese Parteien waren sich bewußt, daß die Arbeit, die sie

vollbringen mußten, eine dornenreiche, gefährliche war.
Sie wußten ganz genau, daß es unter den durch den
Zusammenbruch und den Friedensvertrag geschaffenen
Verhältnissen nicht möglich sein würde, billige Vorbeeren
zu ernten, und daß es überhaupt nur auf eins ankäme,
den Bestand des Reiches nach außen und innen
zu sichern und die Fundamente für einen Neu-
aufbau zu retten. Diese Aufgabe haben die drei
Parteien einstweilen erfüllt. Und sie verdienen dafür
Dank und nicht Beschimpfung. Namentlich nicht von seiten
solcher Parteien, die wären sie gewalttätig aus Ruder ge-
langt, uns in den Ortus gesteuert hätten.

Und auch heute liegen die Dinge noch so: Nur eine sich
von reaktionären und bolschewistischen Extremen freihal-
tende Regierung, die sich auf die besonnene und aufbau-
freundliche Mitarbeit der Mehrheit des Volkes stützt, ist
überhaupt imstande, unser Land und unser Volk vor dem
Verderben zu retten. Die Zustände der letzten Zeit waren
und sind aber so, daß auch der genialste Konservative oder
bolschewistische Politiker Fehler gemacht hätte; nur hät-
ten solche Fehler höchst wahrscheinlich den sofortigen Un-
tergang des Reiches besiegelt. Die Lage, in der sich unser
Volk befindet, ist so furchtbar, so reich an entsetzlichen
Explosionsgefahren, so überwuchert mit schwierigen Pro-
blemen und so verstrickt in allerlei Wirrnisse politischer,
sozialer und wirtschaftlicher Art, daß es für eine Regie-
rung einfach ausgeschlossen ist, es allen recht zu machen.
Das alte Regime arbeitete wahrlich unter besseren
und leichteren Verhältnissen. Und doch hat es uns in
den Abgrund geführt. Das neue Regime ar-
beitet unter Verhältnissen, wie sie schwieriger und ge-
fährlicher kaum je in der Weltgeschichte erlebt wurden.
Und wenn es ihm gelingt, dieser Verhältnisse auch nur
annähernd Meister zu werden und den hereinbruch einer
alles vernichtenden Katastrophe zu vermeiden,
so ist das allein schon eine Leistung, für die ihm einst
die deutsche Geschichte dankbar sein wird.

Wie kurzfristig und gefährlich die Politik
der reaktionären Partei ist, zeigt uns eine Wendung aus
der Rede des Ministers a. D. Dr. Düringer. Nach den
Zeitungsberichten hat Dr. Düringer erklärt, 600 000 Ar-
beitslose würden heute vom Staate unterstüzt und stellen
eine bezahlte Armee für einen Neuaufbau dar. Da sei
es kein Wunder, wenn unsere Bauern für diese bezahl-
ten Arbeitslosen mehr in die Städte liefern
wollten. Welch eine grausame Verstandlosigkeit spricht
doch aus solchen Worten! Und wie erinnert diese Bemerkung
doch an jene ungeliebte Politik des alten Systems, die
es fertigbrachte, drei Millionen sozialdemokratische Wäh-
ler in eine verbissene Oppositionstellung gegen den Staat
hineinzuhagen! Welche Empörung muß eine solche Au-
ßerung bei den Arbeitern hervorrufen. Dr. Düringer
sollte doch selbst wissen, daß, wenn schon unter diesen Ar-
beitslosen ein gewisser Bruchteil von Faulenzern zu fin-
den ist, die große Masse dieser Leute doch einfach nicht
arbeiten kann, weil es eben an Kohlen und Rohmaterialien
fehlt, um unsere Industrie im vollen Umfange wie-
der in Gang zu setzen. Und daß diese Arbeitslosen in
ihrer Mehrzahl für landwirtschaftliche Arbeiten nicht ge-
eignet sind, sollte Herrn Dr. Düringer doch ebenso be-
kannt sein wie uns. Wir sind der Meinung, daß man
mit solchen Bemerkungen die Volksstimmung vergiftet,
Zwietracht und Unfrieden sät und Hunderttausenden von
ehrlichen Arbeitern, die aber keine Arbeit finden können,
eine schwere Beleidigung ins Gesicht schleudert.

Daß die konservative Partei bei solchen Leuten, die nur
über eine geringe Urteilskraft verfügen oder aus sonstigen,
meist sehr egoistischen Gründen, die Wiederkehr des
alten Systems wünschen, Zulaufer findet, verwundert
uns weiter nicht. Die Partei mag sich dieser Zulaufer
freuen. Zu einer ausschlaggebenden Bedeutung wird sie
unter keinen Umständen gelangen können, falls sie nicht
selber ihre Politik revidiert und die historische Tatsache
der letzten Zeitperiode anerkennt. Im übrigen würde die
Mannigfaltigkeit der politischen Lage darunter leiden,
wenn wir im Reiche keine extreme Rechte von einiger Be-
deutung hätten. Wir nehmen also auch die Mitteilung,
daß die Deutsch-Nationalen im Reiche jetzt über eine
Million Anhänger verfügten, keineswegs tragisch. Op-
positionspartei zu sein ist heute — im Gegensatz
zum alten System — ein Vergnügen und bildet zudem
eine starke Attraktion für gewisse deutsche Volksgenossen,
die auch jetzt noch der Meinung sind, eine Regierung sei
vor allem dazu da, daß man recht kräftig über sie schimpft
und ihr recht viel Schwierigkeiten bereitet.

* „Rechte und Pflichten“.

Zu unserem Artikel „Rechte und Pflichten“ in Nr. 242
der „Karlsruher Zeitung“ geht uns eine Zuschrift
des Vorstehenden der Ortsgruppe Weibheim der Oberbeamten,
des Herrn Obersteuereinspektors Weidner zu, die sich mit
unseren Darlegungen in zum Teil abfälliger Weise beschäftigt.
Unsere Schilderungen allgemeiner Natur, die Darlegungen
unserer traurigen Verhältnisse, das absolute Verwerfen der
Ultimatumspolitik, die Feststellung, daß es die Aufgabe des
Volkes sei, die neuen schweren Pflichten auf sich zu nehmen
und zu erfüllen und nicht immer nach neuen Rechten zu
schreien, der Kampf gegen das gewissenlose Schiebertum, alles
das unterschreibt Herr Obersteuereinspektor Weidner gern mit
dem Hinzufügen, es solle das ernste Bestreben der Beamten
sein und bleiben, hier Abhilfe zu schaffen.

Protest erhebt die Zuschrift aber gegen den Ausschluß der
Möglichkeit, die Kritik in der Öffentlichkeit zu üben. Dabei
geht die Zuschrift von der Auffassung aus, bei der sie auch jetzt
noch nach der Lesüre unseres Artikels beharrt, daß der die Be-
amten betreffende Passus des Aufrufes der Fraktionen eine
Beleidigung der Beamten darstelle.

Wir nehmen mit Bedauern davon Kenntnis, daß auch hier
dem Aufwurf der Fraktionen eine Absicht zugeschrieben wird, die
unserer festen Überzeugung nach nicht bestand. Tatsache ist ja
nun aber, daß ein großer Teil der Beamtenschaft sich durch den
betreffenden Passus gekränkt, ja beleidigt fühlt. Wie so oft
im Leben, handelt es sich hier offenbar um einen jener Fälle,
bei dem eine vielleicht nicht bis in ihre letzten Konsequenzen
durchdachte, im Grunde aber sehr ernste und gut gemeinte Äu-
ßerung auf eine gewisse, zum Teil durchaus begriffliche Ge-
reiztheit stößt und nun mißverstanden wird. Wir beklagen im
Interesse des Staates und im Interesse des guten Verhältnisses
zwischen Landtag und Beamtentum dieses Mißverständnis,
müssen es aber natürlich den Fraktionen überlassen, das letzte
Wort in dieser Angelegenheit zu treffen.

Selbstverständlich hat es uns ganz fern gelegen, das Recht
der freien Kritik irgendwie einschränken zu wollen. Im
Gegenteil, wir haben ausdrücklich gesagt, daß dieses Recht
einem jeden zusteht. Aber wir haben — und darauf kommt es
uns an — gleichzeitig darauf hingewiesen, daß es eben unter
den heutigen furchtbar ernsten Verhältnissen manchmal außer-
ordentlich schädlich und verhängnisvoll wirken muß, wenn von
diesem Rechte in schrankenloser Weise Gebrauch ge-
macht wird, und wenn eine jede Beschwerde gleich zum Gegen-
stand scharfer öffentlicher Kritik erhoben wird. Wir sind heute,
mit Ausnahme der Schieber und Großkapitalisten, allesamt
nicht rosig gebettet und, wir werden diese unsere schlimme Lage
nur verbessern können, wenn wir einträchtiglich miteinander
und nicht in übertriebener Polemik gegeneinander arbeiten.
Wir wissen, welches der innere Feind ist. Es ist das Schie-
bertum. Und wir rechnen es uns als ein Verdienst an, daß
wir den Kampf gegen das Schiebertum schon vor Wochen ge-
fördert und zum Teil mit entfesselt haben. Gerade die Be-
amten werden sicherlich gewillt sein, die Regierung in diesem
Kampfe zu unterstützen. Dazu ist aber Vertrauen und Ein-
mütigkeit notwendig. Und wir freuen uns deshalb, feststellen
zu dürfen, daß auch in der Zuschrift des Herrn Obersteuereins-
pektors Weidner unser fester Wille, die Auswüchse unserer
Zeit zu bekämpfen, anerkannt wird mit der Bereitwilligkeits-
erklärung zur Mitarbeit.

Deutsche Nationalverlam-
lung.

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Haushalts
Reichsarbeitsministerium wurde ein Antrag Schiele (D. N.)
über Wohnungsfürsorge dem sechsten Ausschuß überwiesen.
Zu dem Titel Förderung des Arbeitsnachweises liegt ein
Antrag Scheidemann vor, die eingestellten 600 000 Mark auf
1 600 000 Mark zu erhöhen. Der Antrag wird angenommen.
Damit ist der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums er-
ledigt. Es folgt die Beratung des Haushalts des Reichs-
schatzministeriums.
Abg. Stüdtgen (Soz.) berichtete über die Ausschußverhand-
lungen. Weiterberatung morgen 1 Uhr. Kurze Anfragen.
Schluß 5 1/2 Uhr.

Kleine Nachrichten.

* Der Ministerposten des Wiederaufbaus. Oberbürger-
meister Gehler in Nürnberg hat sich, wie die Z. M. berichtet,
entschlossen, den Ministerposten des Wiederaufbaus zu über-
nehmen. Gehler ist 44 Jahre alt, in Bindau geboren und lutho-
lischer Konfession. Auf den Nürnberger Oberbürgermeister-
posten wurde er im Jahre 1914 berufen. Er ist einer der füh-
renden Männer der süddeutschen Demokratie.

ein großes Warenlager an Mehl, Eisen, Butter, Schmalz, Zigaretten, Schokolade usw. entdeckt. Bei Beschlagnahme der Geschäftspapiere stellte sich heraus, daß der Gärtnereigehilfe Seckas einen schwebungsfähigen Tabakhandel betrieb. Er wurde sofort verhaftet.

BC. Waltersweiler b. Offenburg, 20. Okt. Bei einer Hofgerichtsfeier erschien ein Gendarmereiaufgebot u. beschlagnahmte die Festbraten, wozu ein Rind, ein Schwein und ein Kalb geschlachtet worden waren.

BC. Konstanz, 20. Okt. Die Obfischreibungen über die Grenze hatten in den letzten Tagen einen derartigen Umfang angenommen, daß die Regierung ein größeres Gendarmereiaufgebot nun an die Grenzorte geschickt hat, um den Obfischern auf den Leib zu rücken. Wie die „Konst. Nachr.“ berichtet, wurde vergangene Woche in Überlingen eine ganze Schiffsladung Obst beschlagnahmt, die nach Meersburg bestimmt war.

BC. Konstanz, 20. Okt. Schweizerische Blätter beschwerten sich darüber, daß von deutscher Seite diplomatische Couriersendungen zu Schmuggelzwecken benutzt werden. Vor wenigen Tagen habe ein umfangreiches deutsches Couriergepäck an der Grenze aufgefressen. Es habe reichlich 600 Kilo gewogen. Sämtliche Koffer, Säcke und Beutel seien mit Kaffee, Zigaretten, Schokolade, Kakao und Reis angefüllt gewesen. Die Sendungen seien in fertige Pakete verpackt gewesen und unter dem doppelten Umschlag hätten sich die Adressen der deutschen Empfänger befunden.

Tarifvertrag im Tiefbaugewerbe.

Der Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes (S.B.) hat beantragt, den zwischen dem Reichsverband des Deutschen Tiefbaugewerbes, Ortsgruppe Karlsruhe, dem Reichsverband des Deutschen Bauarbeiterverbandes, Bezirksgruppe XI, dem Deutschen Bauarbeiterverband, Zweigverein Karlsruhe, dem Zentralverband christlicher Bauarbeiter Deutschlands und dem Zentralverband der Maschinen- und Geiger- und verwandten Berufsgenossen Deutschlands und den diesem angeschlossenen Bezirksvereinen und Zahlstellen in Karlsruhe im Juni 1919 abgeschlossenen Tarifvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der gewerblichen Arbeiter im Tiefbaugewerbe gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (Reichs-Gesetzblatt Seite 1456) für das Gebiet der Amtsbezirke Karlsruhe, Durlach, Ettlingen, Forstheim, Kastatt, Baden-Baden, Bensbach, Bruchsal, Oberried, Bretten, Eppingen, Ahern und Bühl für allgemein verbindlich zu erklären. Das Reichsarbeitsministerium gibt bekannt, daß Einwendungen gegen diesen Antrag bis zum 26. Oktober 1919 erhoben werden können.

Der badische Oberrat der Israeliten über die Rallengegenstände.

Der badische Oberrat der Israeliten hat vor wenigen Tagen eine Ansprache an die Angehörigen der Badischen Landessynagoge ergangen lassen, die sich den Rallengegenständen, vor allem mit dem zurzeit stark auftauchenden Antisemitismus befaßt. Die Ansprache kommt zunächst auf den vielfach erhobenen Vorwurf zurück, daß die Juden an dem Zusammenbruch Deutschlands die Schuld tragen, obgleich keiner in der Reichs- oder einer Landesregierung einen Sitz hatte und auch keiner nur zum untersten Grad des politischen Beamtentums oder der Militärhierarchie zugelassen war. Dann weist der Oberrat darauf hin, daß die Juden, soweit sie sich unter den kommunikativen Führern befanden, auf ihre Glaubensgemeinschaft nicht die geringste Rücksicht nahmen und vor allem keine Juden hinter sich gehabt hätten. Die Ansprache warnt vor der Veranlassung von Judenpogromen in Deutschland, die unsern Vaterland auch nicht helfen könnten. Sie bezeichnet dann als Hauptforderung in dieser Zeit die innere Einigkeit der Judenheit, bezeichnet es aber auch als unzulässig, mindestens aber als unaufrichtig, wenn in dieser Zeit der allgemeinen Not auch manche Juden in bezug auf Kleidung und Schmuck, sowie sonstige Lebenshaltung übertriebenen Aufwand machen. Der Schluß der Ansprache enthält ein Gebetswort an die gesonnenen Glaubensbrüder und schließt mit der Aufforderung, dafür zu sorgen, daß die zurückkehrenden Kriegsgefangenen in der Heimat nicht moralischen Zusammenbruch und des Genußlebens, sondern ein geordnetes und reiches Familienleben, Zuversicht und Hoffnungsfröhlichkeit vorfinden.

Aus dem badischen Partelleben.

Die Tagungen des Landesauschusses u. des 1. Landesparteitages der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volks-

partei in Baden) am Samstag den 18. und Sonntag den 19. Oktober hatten folgende, die Öffentlichkeit interessierende Ergebnisse: 1. Die Parteitagungen wurden in der vom Landesauschuss vorgeschlagenen Form angenommen. 2. Die fahungsgemäße Verbandswahl ergab nachfolgende Liste: Vize-Minister a. D. Dr. Düringer-Karlsruhe (1. Vorsitzender), Abg. Fabrikant Habermehl-Forsheim (2. Vorsitzender), Geh. Reg.-Rat v. Senger-Freiburg (3. Vorsitzender), Postamtassistent Freyherz v. Güler-Aden (Schriftführer), Telegr. Direktor Soehle-Karlsruhe (Schahmeister). Ferner wurden gewählt: Frau Richter-Geibelberg als Vorsitzende des Frauenausschusses, Ingenieur Bacherer-Forsheim als Vors. des Pressenausschusses, Amtmann Ganzenmüller-Forsheim, als Vors. der Berufständischen Ausschüsse und eine Anzahl Beisitzer; die Entschließung des Berliner Hauptvorstandes in der böllischen Frage, die 8. feststellt, daß die Deutschnationale Volkspartei auf dem Boden des deutschen Volkstums steht, gegen jeden zersetzenden unheimlichen Geist, ob er von jüdischen oder anderen Kreisen ausgeht, ankämpft und sich schließlich gegen die Vorkerrschaft des Judentums in den Regierungen und in der Öffentlichkeit wendet, wurde mit folgender Entschließung beantwortet: „Der Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei (Christliche Volkspartei in Baden) spricht dem Hauptvorstand in Berlin seine volle Zustimmung zu seinen Entschließungen in der böllischen Frage aus und billigt zugleich die Erklärungen des Parteivorstandes gegen den sogenannten Wadon- und Programmentisimus; 4. der Landesparteitag nahm nach längerer Zustimmung folgende weite Entschließung an: „Die Deutschnationale Volkspartei steht in der körperlichen Ertrüchtigung eine Voraussetzung der Wiedergewinnung unseres Volkes; die körperliche Ertrüchtigung soll erstrebt werden in enger Zusammenarbeit der Turn- und Sportverbände mit Schule, Gemeinde und Staat; als rein nationale Aufgabe soll die körperliche Ertrüchtigung über den Parteiaufgaben stehen; wir fordern unsere Mitglieder auf, allüberall an dieser überaus wichtigen nationalen Aufgabe vorbehaltslos und warmherzig mitzuwirken.“

Kurze Nachrichten aus Baden.

BC. Mannheim, 19. Okt. Die erste Juristin Badens hat ihren Einzug beim hiesigen Amtsgericht gehalten. Fräulein Dr. Marie Weingart, die Tochter des einheimischen Rechtsanwalts, hat bereits das Referendarexamen gemacht und arbeitet bei der Gerichtsschreiberei des Amtsgerichts.

BC. Mannheim, 19. Okt. Der Wahlenarbeiterstreik dauert fort. Auf Veranlassung des Landeskommissärs hat der Schlichtungsausschuss vorgeschlagen, die außerordentliche Teuerungszulage von 8,20 M. auf 7,20 M. für den Tag zu erhöhen. Für die Arbeiterinnen und die jugendlichen Arbeiter unter 18 Jahren soll die Zulage auf 5,20 M. für den Tag erhöht werden. Die Arbeitgeber erklärten, obgleich die von der Reichsregierung gewährten Zuschüsse die Bezahlung derartiger erhöhter Arbeitslöhne nicht gestatten, den Schiedspruch anzunehmen, um Störungen in der Volksernährung zu verhüten. Die Arbeiter erklärten dagegen, daß der Schiedspruch nicht angenommen, sondern für unannehmbar erklärt und bleibt weiter im Streik.

Aus der Landeshauptstadt.

Das Ergebnis der Volkszählung in Karlsruhe. Die Volkszählung am 8. Oktober hat ergeben, daß am Zähltag in der Stadt Karlsruhe 136 592 Personen anwesend waren; davon entfielen 62 995 Personen auf das männliche und 73 597 auf das weibliche Geschlecht. Wenn es sich um die vorläufige Feststellung des Ergebnisses handelt, so ist doch anzunehmen, daß dies Ergebnis der Wirklichkeit ziemlich entspricht; auch bei dieser Zählung dürfte die Zahl derer nicht allzu groß sein, die sich bei der Zählung untergeben haben. Von den Ergebnissen der Kriegszählungen sowohl wie von dem der letzten Friedenszählung weicht das Ergebnis nur wenig ab.

Die Zunahme ist nicht groß; sie beträgt gegenüber 1910: 1110, gegenüber 1890: 1890 und gegenüber 1917: 2430 Personen. Beim Vergleich mit der letzten Friedenszählung (1. Dez. 1910) ist zu beachten, daß jetzt viele fehlen, die im August 1914 aus Karlsruhe ins Feld zogen; es fehlen die 8000, die im Kampf um das Vaterland gefallen sind, und es fehlen die, die immer noch in Feindesland schmachten. Ferner fällt ins Gewicht die Auflösung der auch in den Friedensjahren verhältnismäßig starken Garnison. Aus diesen Gründen entspricht es sich, beim Vergleich der drei letzten Zählungen, nämlich der vom Jahre 1910, 1916 und 1917, mit der eben durchgeführten die Militärpersonen stets außer Betracht zu lassen. Es ergibt

und starken Eindruck. Das Hauptinteresse des Publikums konzentrierte sich, was die Darsteller anbelangte, auf das Gastspiel von Frau Lorenz-Giltscher, die sich in den Jahren ihres Fernweins von Karlsruhe den Ruf einer ausgezeichneten Vertreterin des Fachs der hochdramatischen Sängerin erworben hat. Nach der gestrigen Leistung als Leonore zu urteilen, ist dieser Ruf zu einem großen Teil berechtigt. Man konnte mit Freude konstatieren, daß die Künstlerin, die zurzeit ihres frühen Wirtens an unserer Bühne noch in den ersten Anfängen ihres Könnens steht, in der Zwischenzeit mit außerordentlichem Fleiß an sich gearbeitet haben muß. Ihre große, gut tragende Stimme, die früher nur im Piano schöne Töne hatte, im Mezzoforte allerlei Schläden, beim Forcieren aber eine peinliche Schärfe aufwies, ist heute nach allen Seiten hin durchgebildet. Ihr Ton ist rund, voll und rein, auch in den dynamischen Übergängen voller Wohlklang und jedem Willensimpuls folgend; der Übergang von einem Register zum andern mühelos und beherrscht. Die lyrischen Stellen waren von großer Wärme und Parteilichkeit, aber auch im Welt war kaum eine Spur der einstigen Schärfe zu merken; weil eher könnte man hier von einem metallischen Glanze sprechen, der dem leidenschaftlichen Charakter der entsprechenden Stellen, wie etwa in der großen Arie des ersten Aktes oder in den dramatischen Höhepunkten der Aertzerzene, besondere Wirklichkeit verleiht. Der sorgfältigen musikalischen Schulung, deren sich die Künstlerin rühmen darf, entspricht auch ihre Darstellungsform. Man wird nicht oft eine derart dramatisch durchgearbeitete Leonore sehen. Jeder Witz, jede Miene, jede Stellung und Bewegung war durchdacht und überlegt. Schmerz, Entsetzen, Entschlossenheit, Verzweiflung, Hoffnung und überströmendes Glücksempfinden — für alles fand sie sprechenden Ausdruck. Über dem Ganzen lag Stil. Ob alles einem Gefühl entsprang, ob es etwa nur die Frucht verstandesmäßiger Überlegung und darstellerischer Routine war, möchte ich nicht ohne weiteres entscheiden; jedenfalls aber wäre die relative Höhe der Leistung im zweiten Fall fast noch überraschender. Ich gestehe, daß ich auf die Wiedergabe der Hölde durch den Gast am Freitag gespannt bin. — Von den übrigen Mitwirkenden war Fräulein von Millinovic neu. Ihre Marzeline mußte naturgemäß abfallen; der noch keineswegs genügend entmaterialisierte Klang ihres Organs und ihr unsicheres Spiel reichen für Beethoven noch nicht aus. Den Witzler gab an Stelle des Becken-Riegler Herr Malz-Motta gesunglich zufriedenstellend; eine gewisse Unsicherheit in der Darstellungsform soll ihm nicht angedreht werden. Die Leistungen der übrigen Sänger — Schöffel als Florestan, Bittner als Gouverneur, Seydel als Jaquino, Giesen als Pocco — mögen für diesmal mit einem Gesamtlab bedacht sein. Ein Wort besonderer Dankes verdienen die Chöre. E. R.

sich sodann, daß 1910 in Karlsruhe 129 190 arbeitsfähige Zivilpersonen gezählt wurden, 1916: 135 963, 1917: 131 570 und 1919: 134 062. Es waren also jetzt mehr vorhanden als 1910: 4836, mehr als 1916: 18 069 und als 1917: 19 442. Das Mehr gegenüber 1910 und 1917 entfällt vor allem auf die Männer, die damals im Felde standen und jetzt wieder dabei sind. Das Mehr gegenüber 1910 ist vorwiegend von der weiblichen Bevölkerung veranlaßt, die gegenüber 1910 um fast 4000 Personen zugenommen hat, die männliche Zivilbevölkerung dagegen nur um rund 1000. In diesem Unterschied der Zunahme kommt zum Ausdruck, in welchem Maße die männliche Einwohnerzahl im Weltkriege Blutzug geopfert hat. Es ist vor allem die Folge des Weltkrieges, daß auch in Karlsruhe der Anteil des weiblichen Geschlechtes an der gesamten Zivilbevölkerung noch größer ist als vorher. 1910 betrug er 53,18 Proz., 1916: 62,86 Proz., 1917: 63,19 Proz. und 1919: 64,16 Proz. Für die weitere Ausbeutung des Rohmaterials ist das vorläufige Ergebnis nicht ganz sicher; dafür muß erst das endgültige Ergebnis abgewartet werden, das vom bad. Statistischen Landesamt ermittelt wird.

Badische Zeitungsstimmen.

Zur Ernährungslage. — Ablieferungspläne

schreibt Direktor G. Goyt-Tauberbischofsheim im „Zauber- und Frankenbote“ unter anderem:

„Stellen wir einmal fest, daß Baden für seine verorgungsbedürftige Bevölkerung allein rund 850 000 Zentner Kartoffeln bedarf und daß von dieser Menge von 850 000 Zentner kaum mehr als ein Sechstel, also etwa 85 000 Zentner, geliefert sind! Wir sind heute bereits bis zum 15. Oktober vorgerückt, also schon zu einer Zeit, in der in sonstigen Jahren drei Viertel derjenigen Mengen, die die Städte bedürftigen, in die Stadt geliefert waren. Diese vorgerückte Zeit kann unter Umständen schon allein das Haupthindernis für die Versorgung der Städte mit Kartoffeln bilden, wenn das Eintreten einer kalten Periode nicht nur Tausende von Zentnern Kartoffeln, die täglich auf der Eisenbahn befördert werden, vernichtet, sondern auch die ganze Ablieferungsmöglichkeit unterbindet.“

Aus diesem Grunde sage ich: Wir stehen vor einer Katastrophe in der Versorgung der Städte mit Kartoffeln und daran ändern auch Beschwichtigungen, wie solche letzter Tage durch die Blätter gingen, nichts. Im Gegenteil — es wäre verkehrt, jetzt nicht beiden Seiten, sowohl der Stadtbevölkerung wie erst recht der ländlichen, liefernden Bevölkerung die volle Wahrheit vor Augen zu führen. Die Landwirtschaft muß sich darüber bewußt sein, daß es von ihr abhängt, ob wir in der Lage sind, die Stadtbevölkerung wieder mit Kartoffeln zu versorgen, oder ob dies nicht geschieht und dadurch Unruhen, Aufstände und überhaupt die traurigsten Verhältnisse, die es geben kann, über unser Vaterland hereinbrechen.“

Ich bin bei Eintreten für Jubilation einer Schnelligkeitsprämie von dem Standpunkt ausgegangen, daß der Kartoffelpreis von 70 M. für den Zentner für die heutigen Verhältnisse ungenügend ist; ich sage nun aber auch offen, was immer seitens der maßgebenden Behörden gesagt wird — was hilft es, wenn wir die Preise erhöhen, die Landwirtschaft liefert deshalb nicht besser ab —, sondern die Landwirtschaft muß abliefern und sie muß nicht nur deshalb abliefern, weil die Preise erhöht sind, sondern sie muß abliefern, weil von der Versorgung der Städte für den kommenden Winter das Wohl und Wehe unseres Vaterlandes abhängt. Es gilt doch heute, den Staat in seinem Bestande zu erhalten und die Möglichkeit zu schaffen, daß wir wieder aufbauen können. Was hilft eine ganze Menge Papiergeld dem Einzelnen, wenn dabei der Staat in seinem Ganzen zusammenbricht und niemand da ist, der Garantie für den Wert dieses Papiergeldes bietet.“

Die Landwirtschaft hat als Besitzer der bodenständigen Scholle ein ganz besonderes Interesse an der Erhaltung des Staates und schon aus diesem Grunde sage ich nochmals, die Ablieferungspläne muß seitens der Landwirtschaft in diesem Jahre unbedingt nochmals erfüllt werden. ... Wer dieser Ablieferungspläne nicht bis zum letzten, ihm möglichen Zentner genügt, der trägt mit dazu bei, daß Bruderkrieg und Brudermord durch Deutschlands Gauen schreiten werden.“

Aus dem Konzertleben.

Vergangene Woche hatte Herr Reusfeld für sein erstes Künstlerkonzert einen Herrn Windgassen aus Kassel angekündigt. Die Reklametrümmer war kräftig gerührt worden, jedoch ohne Erfolg. Unser Publikum, das allen unbekanntem Größen gegenüber stets sehr vorichtig ist, blieb aus. Aber Herr Windgassen auch. Das Publikum hatte diesmal eine feine Nase gehabt. Der eiligt besorgte Ersahänger aus Frankfurt mit seinem eiligt aus Beethoven, Hugo Wolf, Schumann und Löwe zusammengestellten Ersatzprogramm war nur mittelmäßig. Dazu der Eintrachtsaal ungeheuer und dünn besetzt. Stimmunglos, frostig! Kein Wunder, wenn einige Besucher verschmüßt waren, zumal „eigentümlicher Weise“ der ganze Sänger- und Programmwechsel erst im Saal, im letzten Augenblick, kurz vor dem Auftreten des Sängers bekanntgegeben wurde. Man kam sich über „neut“ vor. Aber wie immer in solchen Fällen nahm das Publikum die Aufgabe gelassen hin. Derartige Praktiken rächen sich aber später. Das Publikum wird lospfänden. In einem solchen Falle empfiehlt es sich immer, wenn eine rechtzeitige, öffentliche Benachrichtigung durch Anschlag oder Zeitung nicht mehr möglich ist, das Konzert abzusagen. Lieber eines zu wenig als ein schlechtes zuviel. Es ist sowieso kein Mangel an derartigen Veranstaltungen.“

Eines guten Besuchs erfreute sich der Lieder- und Vokalabend im Eintrachtsaal veranstaltet. Dieser Künstler hat sein festes Stammpublikum, das ihm treue Anhänglichkeit bewahrt. Er versteht es immer ausgezeichnet, ein wirkungsvolles Programm aufzubauen. So brachte er auch diesmal neben seinen Glanz- und Bravourstücken eine Reihe ausgesuchter Gesänge, die man nur ganz selten zu hören bekommt. Neben der Löweballade „Die Lauer“ ist hier hauptsächlich das Hugo Wolf-Lied „Witrolf“ zu nennen, ein ernstes Lied übrigens eine schaffende Dichtung, mit herben Schönheiten, die Herr van Gorkom mit der ganzen Hym aus Verfügung stehenden Gesangskunst zu heben trachtete. Seine unübelliche Aussprache und manchmal schwere Tonbildung sind allerdings der schadenlosen Darlegung seiner Seelensimmungen nicht besonders günstig. Deshalb ist und bleibt seine Domäne das frische, schwingvolle Lied, in dem sich seine prächtige Stimme mit ihrer ganzen Kraft und Weichheit, mit ihrem Klang und Wohlklang frei entfalten kann. Das provenzalische Lied und die Zugabe „Wohlauf noch getrunken“ trugen ihm stürmischen Beifall und herrliche Blumenpenden ein. S. R.

Landestheater.

„Fidelio“

Beethovens „Fidelio“ bemittelt uns unter allen Opern vielleicht das stärkste und unmittelbarste musikalisch-dramatische Erlebnis. Die schlichte Wahrheit der Gefühle, die der Handlung zugrunde liegen und die Allgewalt des musikalischen Ausdruckes paden und erschütterten den natürlichen Empfinden überaus zugänglichen Hörer immer wieder aufs tiefste. Die stete Wiedergabe dieser Schöpfung reifer deutscher Kunst bedeutet nicht nur eine Ehrenpflicht unserer Bühnen, sondern geradezu die Erfüllung einer sittlich-kulturellen Aufgabe, der in unseren Tagen der Herrschenheit und Auflösung verdoppelte Bedeutung zukommt. Die geistige, von Kapellmeister Lorenz geleitete Aufführung ließ gewisse Wünsche nach ausdrucksvollerer Nuancierung der Tempi, gelegentlich auch nach einer stärkeren Anpassung des Orchesters an die Stimmverhältnisse auf der Bühne offen, zeitigte im großen Ganzen aber lebendigen

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat unterm 30. August d. J. den Vortragenden Rat im Ministerium des Innern und Landeskommissar für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach, Geh. Oberregierungsrat Dr. Konrad Glemm seinen Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat zurückgekehrt unter dem 15. September d. J. den Baufachlehrer Valentin Müller in Karlsruhe auf 1. Oktober d. J.

Das Staatsministerium hat unterm 30. September d. J. den Oberrechnungsrat Philipp Gaefer im Ministerium des Innern seinem Ansuchen entsprechend in den Ruhestand versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 2. Oktober d. J. den Bahnhofsinspektor Emil Frick in Durlach auf sein Ansuchen auf 1. November d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das badische Staatsministerium hat unter dem 11. Oktober d. J. den Amtsvorstand Oberamtmann Fritz Reia in Oberkirch zum Vortragenden Rat im Ministerium des Innern ernannt.

Das Staatsministerium hat unterm 11. Oktober d. J. den Amtsvorstand Geh. Regierungsrat Karl Steiner in Offenburg an das Bezirksamt Mannheim versetzt.

Das Staatsministerium hat unterm 14. d. M. die unterm 23. Juni d. J. erfolgte Ernennung des Geheimen Finanzrats Wilhelm Stamer zum Direktor der Staatsschuldenverwaltung wegen seines Übertritts in den Reichsdienst zurückgenommen, den Ministerialdirektor im Ministerium der Finanzen, Geheimen Oberfinanzrat Ludwig Moser, unter Wahrung seines Ranges auf sein Ansuchen zum Direktor der Staatsschuldenverwaltung ernannt.

Den Vortragenden Rat im Ministerium der Finanzen, Ministerialrat Ludwig Sammet, zum Ministerialdirektor in diesem Ministerium ernannt.

Das Justizministerium hat unterm 7. Oktober d. J. den Gefängnisverwalter August Sachs beim Amtsgericht Karlsruhe seinem Antrag entsprechend wegen leidender Gesundheit auf 1. Dezember d. J. in den Ruhestand versetzt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 14. Oktober 1919 den Zeichenlehrerlandwaben Amandus Gerschel an der Goldschmiedeschule in Pforzheim zum Zeichenlehrer daselbst ernannt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 9. Oktober d. J. den Hauptlehrer Theodor Staudenmayer an der Volksschule in Zell i. B. zum Schulleiter daselbst mit der Amtsbezeichnung Rektor ernannt.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat unterm 9. Oktober d. J. den Musiklehrer Emil Hug am Vorseminar in Rahr in gleicher Eigenschaft an das Lehrerseminar in Weersburg versetzt.

Die Generaldirektion der Staatseisenbahnen hat versetzt unterm 5. August d. J. den Eisenbahningenieur Karl Köhler in Karlsruhe nach Mannheim.

Die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung betr.

Zum Wahlkommissar für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung im 33. Wahlkreis (Baden) wird gemäß § 8 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 und § 11 der Wahlordnung vom gleichen Tag an Stelle des in den Ruhestand versetzten Ministerialdirektors Geheimen Rat Pfisterer im Ministerium des Innern der Hilfsarbeiter in diesem Ministerium Oberamtmann Josef Meier ernannt. Karlsruhe, den 17. Oktober 1919.

Bad. Ministerium des Innern.
Remmele. Braun.

Bekanntmachung über die Aufhebung der Buchführungs- und Angelegenheit für Papier, Karton und Pappe.
vom 13. September 1919.

Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Bestimmungen wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend Aufhebung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 498) folgendes bestimmt:

Die Bekanntmachungen über Papier, Karton und Pappe vom 20. September 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 841) und vom 5. Mai 1919 (Reichs-Gesetzbl. S. 441) treten für den nach

dem 1. Oktober 1919 erfolgenden Bezug und Verbrauch von Papier, Karton und Pappe außer Kraft.
Berlin, den 13. September 1919.

Der Reichswirtschaftsminister:
J. B. Dr. Girsch.

Die Festsetzung der Ortslohn betr.
Auf Grund der §§ 149 bis 151 A.D. wird in Abänderung der Bekanntmachung vom 16. November 1918 der Ortslohn (der ortsübliche Tageslohn gewöhnlicher Tagelöhner) für die Bezirke der Versicherungsämter Schwellingen und Weinheim mit Wirkung vom Montag, den 29. Dezember 1919 bis auf weiteres wie folgt festgesetzt:

Bezirk des Versicherungsamts oder der Gemeinde	Ortslohn gewöhnlicher Arbeiter im Alter von			
	über 21 Jahren	16-21 Jahren	14-16 J.	unter 14 Jahren
	minim.	maxim.	minim.	maxim.
Schwellingen	3.-	6.-	5.-	4.-
Weinheim				2.50
a) Die Gemeinden Weinheim, Großschafen, Heidesheim mit Wudensturm u. Straßenheim, Gemösbach, Hohenbach, Laudenbach, Leutershausen, Lübbelbach, Senzhausen und Sulzbach	7.50	5.25	5.25	3.75
b) Die übrigen Gemeinden wie bisher.	3.25	2.25	1.80	1.80

Mannheim, den 15. Oktober 1919.
Oberversicherungsamt.

Amtliche Bekanntmachung.

Verordnung

(vom 26. September 1919)

Den Verkehr mit Hanf und Flachsbetr.

Aufgrund der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung in der Fassung der Bekanntmachungen vom 4. November 1915, 5. Juni und 6. Juli 1916 (R.G.BL. 1915 S. 60, 728, 1916 S. 439, 173) wird verordnet, was folgt:

§ 1.
Die Ausfuhr von Hanf- und Flachstroh, von ganz oder teilweise ausgearbeiteter Hanf- und Flachsfaser aus dem Lande Baden ist nur aufgrund einer Versandgenehmigung gestattet. Die Versandgenehmigung wird bei Beförderung der Ware mit der Bahn oder dem Dampfschiff auf dem Frachtbrief vermerkt. Erfolgt die Ausfuhr in anderer Weise, so wird die Versandgenehmigung in Form eines Beförderungsscheines erteilt, welchen die die Ware nach außerbadischen Orten bringende Person bei sich zu führen hat. Die Beförderung darf nur an dem Tag erfolgen, welcher vom Bürgermeisterrat des Versandortes als Abgangstag vermerkt ist.

§ 2.
Die Versandgenehmigung wird durch die Deutsche Flachsbau-Gesellschaft m. b. H. Abt. Baden Flachsbau- und Hanfbaustelle Karlsruhe erteilt. Der Antrag auf Erteilung der Versandgenehmigung ist schriftlich bei der Flachsbau- und Hanfbaustelle Karlsruhe einzureichen unter Bezeichnung des Versenders und des Empfängers sowie der Menge und des Preises des zu versendenden Hanfs und Flachses. Falls die Beförderung mit der Bahn oder dem Dampfschiff erfolgen soll, ist dem Antrag der Frachtbrief beizufügen.

§ 3.
Zu widerhandlungen gegen diese Verordnung werden mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

§ 4.
Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.

Ministerium des Innern.
gez. Remmele.

Vorstehende Bekanntmachung bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis.
Badisches Bezirksamt. O. 3. 274

Städtisches Konzerthaus

Dienstag, den 21. Oktober 1919

Die Rose von Stambul

Anfang 7 Uhr

Mittel-Preise

Mittwoch, den 22. Oktober 1919, abends 7 1/2 Uhr:

Sonder-Sinfoniekonzert

des Opernorchesters d. Landestheaters

Gastdirigent:

Fritz Busch,

Erster Kapellmeister vom Württembergisch-Landestheater.

Beethoven: Egmont-Ouverture; Reger: Variationen und Fuge für Orchester über ein Thema von Mozart; Brahms: I. Sinfonie (C-moll).

Kleine Preise: Parterre 4.50 Mk. usw. — **Oeffentliche Hauptprobe:** vormittags 11 Uhr: 2.50 Mk.

Warnung!

Lassen Sie sich nicht irre führen durch Preisangebote. Ich kaufe aller Art

Gebisse (auch zerbrochene)

zu noch nie gebotenen Preisen, sowie jed. Quantum

Platin

pro Gramm 60 Mark und mehr.

Nur Donnerstag, den 23. Oktober in Karlsruhe, Hotel Hohenzollern, beim Portier zu erfragen.

In der Stadt Singen-Hohentwiel (11.000 Einwohner) ist infolge Weggangs des bisherigen Stelleninhabers die Stelle des

Bürgermeisters

möglichst bald zu besetzen.

Bewerber mit praktischer Erfahrung werden ersucht, ihre Bewerbung unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse sowie ihre Gehaltsansprüche bis zum 5. November d. J. an den Unterzeichneten einzureichen.

Singen a. S., den 20. Oktober 1919.
Reibrint
Bürgermeister-Stellvertreter.

Pfälzische Hypothekenbank

Ludwigshafen am Rh.

Pfandbrief-Verlosung.

Bei der heutigen Verlosung in Gegenwart des Notars Herrn Justizrats Biehl hier wurden gezogen die Endnummern 37 und 66 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 1 und 3, die Endnummern 36 und 63 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19 und 20 und von den 4 % igen Pfandbriefen der Serie 21, die Endnummer 36 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 22 bis einschließlich 27 und von den 4 % igen Pfandbriefen der Serien 37 bis einschließlich 42.

Es gelangen somit ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 1 und 3, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 37 und 66 endigen, also beispielsweise 37, 66, 137, 166 usw. zur Heimzahlung. Ferner gelangen zur Heimzahlung ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19, 20 und 21, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 36 und 63 endigen, also beispielsweise 36, 63, 136, 163 usw., endlich ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 22 bis einschließlich 27, dann 37 bis einschließlich 42, deren Nummern mit der gezogenen Ziffer 36 endigen, also beispielsweise 36, 136 usw.

Die Einlösung der gezogenen Pfandbriefe findet schon von heute ab kostenfrei gegen Rückgabe der Mängel und der nicht verfallenen Zinsscheine sowie der Erneuerungsscheine statt an unseren Kassen in Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim sowie bei sämtlichen Pfandbrief-Vertriebsstellen.

Die regelmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe erbitgt am 1. Januar 1920, von welchem Tage an 2 % Depozitalzins vergütet wird.

Verlosungslisten sind an unseren Kassen sowie bei unseren sämtlichen Pfandbriefvertriebs- und Zinsscheingehaltstellen kostenlos erhältlich.

Ludwigshafen am Rhein, den 22. September 1919.
Die Direktion.

Raten-Berechnungs-Tafeln

Tabellen zur Berechnung der Teilbeträge aus Jahressummen für 1-360 Tage sowie aus Monatssummen für 1-30 Tage

Auf amtliche Veranlassung bearbeitet von

Karl Simon
Revisor im bad. Ministerium der Justiz und des Kultus

Preis M. 4.80 u. 40 % Feuerungszuschlag

Diese Tabellen dienen zum Berechnen von Gehältern, Vergütungen, Zulagen, Wohnungsgeld, Mieten, Zuschüsse, Renten usw.

Für amtliche und industrielle Büros unentbehrlich.

G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag, Karlsruhe in Baden.

Stearinterzen

10 u. 12 St. v. Pfundpalet
Frank 6.25 pro Kilo

Borax, Leim, Benzol, Öl f. Dieselmotore

und Wolinder, Paraffin, Terpentin, Leinöl

officiert an Großhänden u. Fabriken nur in großen Mengen.

Léon Kahn,
Straßburg (Ausland-Porto) Telegramm-Adresse „Selected“.

Für meine Leihanstalt suche ich Flügel und Pianinos zu kaufen und erbitte Angebote.

Ludwig Schweigut
Karlsruhe, Erbprinzenstr. 4.

Spiralbohrer

neue Kauf jeden Posten.
Reinthal, Berlin N. 63
Müllerstraße 62.

Schmuckfächer

aller Art und Pfandscheine werden stets angekauft in Weintraubs

An- und Verkaufsgeschäft Kronenstr. 52. Tel. 3747

Aufgebot.

O. 589.2.1 Freiburg. Der Schlossermeister Felix Morgen und seine Ehefrau Magdalena geb. Haag in Freiburg, vertreten durch Stadtratsrat Warde in Freiburg haben das Aufgebot beantragt hinsichtlich eines Hypothekenbrieft, ausgefertigt vom Grundbuchamt Freiburg i. B. unterm 2. April 1907 für eine im Grundbuch Freiburg Band 209 Heft 14 III. Abteilung unter Nr. 7 eingetragene, auf Grundstück Bg. Nr. 5113a (Sternwaldstraße 28) lastende, ursprünglich auf 45.000 M. seit 1. Juli 1907 noch auf 35.000 M. lautende Hypothek für Darlehen nebst 4 1/2 % Zins, Zinserhöhung bis zu 6 % und Kosten bis zum Betrage von 4.000 M. für die Kreis-Hypothekenbank Strassburg in Strassburg. Der Inhaber dieses Hypothekenbrieft wird aufgefordert, spätestens in dem auf: Montag, den 9. Februar 1920, vorm. 8 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht (Holzmarktplatz 6 Zimmer 1) anberaumten Aufgebotsstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung erfolgen wird. Freiburg, 8. Oktober 1919. Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.

O. 581.2 Mannheim. Die Badische Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen a. Rh. Prozeßvollmündigte: Rechtsanwalt König und Dieckhoff in Mannheim, klagen gegen die St. Petersburger Internationale Handelsbank in St. Petersburg auf Grund einer von den Vertretern der Klägerin Both und Dobrotowski am 31. März 1915 an die Beklagte geleisteten und von dieser an die Klägerin als bald abzuliefernden Zahlung von 7000 Rubel, da Zahlung nicht erfolgte, auf Beurteilung der Beklagten zur Zahlung von 14.490 M. nebst 5 Proz. Zins seit 31. März 1915 und Ertragung der Kosten einschließlich der Beauftragung, in Mannheim sei gemäß § 23 der Deutschen Zivilprozessordnung zuständiges Gericht, label die Klägerin die Beklagte vor die Kammer I für Handelssachen des Landgerichts Mannheim auf Freitag, den 19. Dezember 1919, vormittags 9 1/2 Uhr, mit der Aufforderung, einen bei diesem Gericht zugelassenen Anwalt zu bestellen. Mannheim, 14. Okt. 1919. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts, Aufgebot, O. 570.2 Mannheim. Die Marie Wieser geb. Kaiser in Sandhofen, Pariser Platz 6, hat beantragt, den verschollenen Johannes Wieser, geboren am 6. Oktober 1877 zu Grefthen, zuletzt wohnhaft in Mannheim, für tot zu erklären. Der bezeichnete Verfallene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf: Dienstag, den 11. Mai 1920, vormittags 9 1/2 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht anberaumten Aufgebotsstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verschollenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens in dem Aufgebotsstermin dem Gericht Anzeige zu machen. Mannheim, 10. Okt. 1919. Amtsgericht S. 1. O. 571. Heidelberg. In dem Konkursverfahren über das Vermögen der ledigen Anna Margareta Schmidt, Tochter des Pfänderammlers Georg Pfänderammlers Georg Schmidt in Heidelberg, ist zur Abnahme der Schlussrechnung des Verwalters Termin vor dem Amtsgericht hier, Zimmer Nr. 2, bestimmt auf: Freitag, den 14. November 1919, vormittags 11 Uhr. Heidelberg, 16. Okt. 1919. Der Gerichtsschreiber des bad. Amtsgerichts S.

Warnung!

Lassen Sie sich nicht irre führen durch Preisangebote. Ich kaufe aller Art

Gebisse (auch zerbrochene)

zu noch nie gebotenen Preisen, sowie jed. Quantum

Platin

pro Gramm 60 Mark und mehr.

Nur Donnerstag, den 23. Oktober in Karlsruhe, Hotel Hohenzollern, beim Portier zu erfragen.

Bürgermeisters

möglichst bald zu besetzen.

Bewerber mit praktischer Erfahrung werden ersucht, ihre Bewerbung unter Beifügung eines Lebenslaufes und der die Befähigung nachweisenden Zeugnisse sowie ihre Gehaltsansprüche bis zum 5. November d. J. an den Unterzeichneten einzureichen.

Singen a. S., den 20. Oktober 1919.
Reibrint
Bürgermeister-Stellvertreter.

Pfälzische Hypothekenbank

Ludwigshafen am Rh.

Pfandbrief-Verlosung.

Bei der heutigen Verlosung in Gegenwart des Notars Herrn Justizrats Biehl hier wurden gezogen die Endnummern 37 und 66 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 1 und 3, die Endnummern 36 und 63 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19 und 20 und von den 4 % igen Pfandbriefen der Serie 21, die Endnummer 36 von den 3 1/2 % igen Pfandbriefen der Serien 22 bis einschließlich 27 und von den 4 % igen Pfandbriefen der Serien 37 bis einschließlich 42.

Es gelangen somit ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 1 und 3, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 37 und 66 endigen, also beispielsweise 37, 66, 137, 166 usw. zur Heimzahlung. Ferner gelangen zur Heimzahlung ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 4 bis einschließlich 15, sowie 19, 20 und 21, deren Nummern mit den gezogenen Ziffern 36 und 63 endigen, also beispielsweise 36, 63, 136, 163 usw., endlich ohne Unterschied der Litern sämtliche Pfandbriefe der Serien 22 bis einschließlich 27, dann 37 bis einschließlich 42, deren Nummern mit der gezogenen Ziffer 36 endigen, also beispielsweise 36, 136 usw.

Die Einlösung der gezogenen Pfandbriefe findet schon von heute ab kostenfrei gegen Rückgabe der Mängel und der nicht verfallenen Zinsscheine sowie der Erneuerungsscheine statt an unseren Kassen in Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim sowie bei sämtlichen Pfandbrief-Vertriebsstellen.

Die regelmäßige Verzinsung der heute gezogenen Pfandbriefe erbitgt am 1. Januar 1920, von welchem Tage an 2 % Depozitalzins vergütet wird.

Verlosungslisten sind an unseren Kassen sowie bei unseren sämtlichen Pfandbriefvertriebs- und Zinsscheingehaltstellen kostenlos erhältlich.

Ludwigshafen am Rhein, den 22. September 1919.
Die Direktion.